

## Bessere Preise statt Subventionen

Unser Bundestagsabgeordneter Joe Weingarten fordert in Debatte um Land- und Forstwirtschaft „mehr Sachlichkeit“ in der Debatte.

„Ich begrüße die Einigung bei der Begünstigung der Kfz-Steuer für die Land- und Forstwirtschaft. Eine Abschaffung hätte einen hohen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen bedeutet. Ebenso unterstütze ich die schrittweise Reduzierung zur Steuerbegünstigung bei Agrardiesel. Hier haben die Unternehmen Zeit, dieses umzusetzen. Dafür bin ich Bundeskanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Wirtschaftsminister Lindner dankbar“, lobt SPD-MdB Joe Weingarten die Entscheidung der Ampelregierung vom Mittwochnachmittag.

Zuvor hatte Weingarten zu mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die von der Bundesregierung angekündigten Subventionskürzungen in der Landwirtschaft aufgerufen: „Die bäuerlichen Betriebe können nicht dauerhaft und unbeschränkt mit Steuernachlässen und öffentlichen Förderungen am Leben gehalten werden. Sie brauchen angemessene Preise für ihre Produkte, um arbeiten zu können“, erklärte er laut Presstext angesichts geplanter Steuerkürzungen.

Weingarten weist darauf hin, dass es sich bei den jetzt diskutierten Streichungen der Diesel-Verbilligung und der Steuerfreiheit für einzelne Fahrzeuge nur um einen Teil öffentlicher Hilfe für die Landwirtschaft handelt: „Wir reden jetzt über rund 1 Milliarde Euro an Kürzungen. Die gesamten öffentlichen Zahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland belaufen sich laut Bundeslandwirtschaftsministerium aber auf rund 7 Milliarden Euro.“

Das Problem sei, dass ein großer Teil dieser Subventionen gar nicht die mittelständischen bäuerlichen Betriebe wie jene im Naheland erreiche, sondern überwiegend der Agrarindustrie im Norden und Osten Deutschlands zugutekomme, unterstreicht der SPD-Wahlkreisabgeordnete. Er ergänzt: „Vor allem in der Regierungszeit Angela Merkels und ihrer CDU-Landwirtschaftsminister stand die Agrarindustrie mit ihren riesigen Flächen, Massentierhaltung und Billigproduktion im Fokus. Ein Viertel der bäuerlichen Betriebe musste aufgeben.“ Weingarten räumt ein, dass die von Berlin geplanten Kürzungen gerade mittelständische Betriebe in Probleme bringen können: „Die geplanten Einsparungen könnten für solche Betriebe zwischen 1000 und 6000 Euro pro Jahr ausmachen, das ist viel Geld.“

Deswegen setze er sich für Umsatz- oder Flächengrenzen der Betriebe ein, bis zu der weiter Diesel verbilligt und auch die Kfz-Steuer erlassen werden soll, unterstreicht der Abgeordnete. „Dann würden nur die Großbetriebe mehr zahlen, für die kleinen Betriebe könnte es bleiben, wie es ist.“

Dass die landwirtschaftliche Großindustrie vom Steuerzahler nicht weiter im bisherigen Maß gefördert werde, findet er dagegen gerecht: „Gerade dort sind 2022 und 2023 erhebliche Gewinne gemacht worden“, teilt Weingarten mit. Generell könne die Landwirtschaftsförderung aber so nicht weitergehen: „Zwischen 40 und 60 Prozent der Unternehmenseinkünfte der Bauern kommen aus öffentlichen Kassen.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete spricht sich dafür aus, die Förderung von Massentierhaltung und intensiver Flächenausnutzung aufzugeben. „Wenn die Betriebe faire Preise bekommen, dann brauchen sie auch keine Subventionen im bisherigen Umfang.“

Weingarten betont, er unterstütze die Landwirtschaft in ihrem Recht auf Protest gegen die Pläne der Bundesregierung: „Das Recht zu demonstrieren ist ein hohes Gut, auch wenn ich in Berlin eher mit der Stirn runzele, wenn rund um das Brandenburger Tor drei Dutzend 400 000-Euro-Traktoren aus dem Berliner Umland auffahren, um gegen bäuerliche Not zu demonstrieren.“

Joe Weingarten ruft die Landwirtschaftsverbände zudem dazu auf, sich genau anzusehen, wer sich die Demonstrationen für seine ganz eigenen Ziele zunutze machen wolle: „Ich sehe mit Sorge, dass sich die üblichen AfD-Sympathisanten, Corona-Schwurbler und Umsturz-Spinner an die Proteste dranhängen wollen. Die Bauern sollten klar sagen, dass sie nicht in dieses Umfeld gehören, sonst wird der Dialog mit der Politik noch schwerer“, meint er in seiner Erklärung.